

Jahrestagung der Gesellschaft für Programmforschung (GfP) 2014

in Kooperation mit den MF LSA

am 22. – 23.05.2014 in Berlin

Tagungsthema:

**Konsolidierungspolitik im Schatten der Schuldenbremse –**

**Chance für intelligente Budgetpolitik?**

Unterthema V:

**Konsolidierungsstrategien und Kostenreduktion aus fachpolitischer  
Sicht:**

**Einsatz von eGovernment und IT**

Vortrag von Herrn Michael Richter, Staatssekretär und CIO im  
Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt am 23.05.2014:

**IT-Konsolidierung auf Landesebene**

Nachdem wir uns gestern von internationalen und nationalen Bemühungen der Konsolidierungspolitik bis hin zu den Konsolidierungsstrategien der Länder im Schatten der Schuldenbremse „gearbeitet“ haben, sind wir nun beim zweiten Teil unserer gemeinsamen Veranstaltung bei den „Konsolidierungsmöglichkeiten durch und mit IT“ angelangt.

Die Erwartungen an den IT- und eGovernment-Einsatz sind allenthalben hoch gespannt:

- höhere Effizienz,
- schnellere und bessere Verwaltungsabläufe,
- besserer Service für Bürger und Unternehmen.

Soweit die durchaus begründeten Erwartungen.

Nur: nicht selten wird vernachlässigt oder übersehen, dass es dafür zwingender Voraussetzungen bedarf, und zwar:

- einer leistungsfähigen Infrastruktur und
- qualifizierten Personals.

Mit veralteter Technik und „zusammengeflickten“ IT-Netzen werden wir den Anforderungen an einen modernen, leistungsfähigen Staat im 21. Jahrhundert nicht gerecht werden, und wir werden auch den gewünschten Sparbeitrag so nicht leisten können.

Allzu häufig haben wir bislang die Konsolidierungsrendite des IT-Einsatzes vollständig anderen Zwecken im Budget zugeschlagen und notwendige Investitionen im IT-Bereich aufgeschoben oder unterlassen, weil die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt wurden. Den Investitionsstau, der auf diese Weise aufgelaufen ist, müssen wir nun Schritt für Schritt abtragen, um das IT-Netz des Landes zu modernisieren und für die Vielzahl neuer IT-Anwendungen und Fachverfahren fit zu machen, die nach und nach zum Standard werden.

Für die Zukunft müssen wir daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass wir auch in Zeiten von erhöhtem Konsolidierungsdruck darauf zu achten haben, dass im (Landes-)haushalt ausreichend Mittel für den Erhalt und die Erneuerung der IT-Infrastruktur eingeplant werden. Diese müssen aus der Konsolidierungsrendite regelmäßig vorab für Reinvestitionen zurückgestellt werden - bevor das allgemeine Budget bedient wird.

Wir sind gut beraten uns hier an bewährten betriebswirtschaftlichen Prinzipien (Rückstellungen) zu orientieren.

Anrede,

Lassen Sie mich die Beantwortung der Frage nach der **IT-Konsolidierung auf Landesebene** noch einmal anders betrachten:

Otto von Bismark soll ja mal gesagt haben: „In der Politik wird es niemals möglich sein, mathematische Beweise zu geben.“

Vor diesem wissenschaftlichen Publikum möchte ich im Folgenden dennoch gerne eine Aussage mithilfe des Beweisverfahrens nachvollziehen.

Wenn ich mich zurückerinnere, waren Beweise in der Schulmathematik zwar meist die schwierigen Aufgaben. Sobald man jedoch den Dreh raus hatte, mithilfe der Logik eine Beweisidee zu entwickeln um die Behauptung zu stützen, konnte das Ergebnis ganz anschaulich und unwiderlegbar präsentiert werden.

Meine Behauptung (Aussage) lautet:

**„In Sachsen-Anhalt betreiben wir IT-Konsolidierung – ERFOLGREICH!“**

IT-Konsolidierung wird im Wesentlichen durch die drei Komponenten beeinflusst:

1. durch das Vorhandensein qualifizierter E-Government-Angebote,
2. durch das Vorhandensein flächendeckender, schneller Datennetze, um die E-Government-Angebote den Bürgern und Unternehmen zugänglich und nutzbar zu machen und
3. durch die Zusammenarbeit mit einem kompetenten IT-Dienstleister, der das Land mit seinen Netzwerken und Spezialisten durch den immer schnelleren Wandel im IT-Dschungel begleitet.

Der Satz, den es zu beweisen gilt, lautet also:

**IT-Konsolidierung = E-Government + Datennetz + IT-Dienstleister**

Anrede

Beleuchten wir nun die drei Einflussfaktoren der IT-Konsolidierung etwas genauer.

Zur Komponente „**E-Government**“ möchte ich im Hinblick auf das Gesamtkonzept, von dem ich vorhin sprach, nur kurz zwei Paradebeispiele länderübergreifender Kooperation nennen: die E-Government-Maßnahmen LeiKa und FIM als Anwendungen des IT-Planungsrats unter Federführung von Sachsen-Anhalt.

Der Wert von Informationen ist heute unumstritten. Bereits der Begriff Informationsgesellschaft charakterisiert die Bedeutung und unterstreicht, welche Erwartungen die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen an die Informationen – auch der öffentlichen Verwaltung – haben. Korrektheit, Verständlichkeit, Aktualität sowie ein schneller und einfacher Zugang sind die Anforderungen an Informationen. Die Verwaltung wandelt sich zunehmend zum Dienstleister. Webportale, der Einheitliche Ansprechpartner oder der 115-Service sind Produkte dieser Entwicklung.

Mit dem **Leistungskatalog (LeiKa)** wird in Deutschland erstmals ein einheitliches und umfassendes Verzeichnis der Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen aufgebaut. Insgesamt beinhaltet LeiKa weit über 4.000 Leistungen, die nach einem systematisch definierten Schema unterteilt und beschrieben werden. Somit ist LeiKa der Standard für öffentliche Leistungen.

Nicht wenige Behörden und Ämter bieten Dienstleistungen für andere Verwaltungen an. Zu diesen Dienstleistungen gehören unterstützende Teilprozesse aber auch Verwaltungsverfahren bis zur finalen Bescheidung. Der Bedarf an standardisierten Informationen wächst.

Genau hier setzt das Vorhaben **FIM (Föderales Informationsmanagement)** an. Durch redaktionelle und technische Standards soll ein Informationsmanagement aufgebaut werden, welches alle föderalen Ebenen beim Informationsaustausch untereinander (Verwaltungsverfahren) und mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen unterstützt.

Im Mai 2012 gaben das Finanzministerium Sachsen-Anhalt und das Bundesinnenministerium den Startschuss für das Steuerungsprojekt des IT-Planungsrates „Föderales Informationsmanagement“. In der Folge entstand neben dem LeiKa für die öffentliche Verwaltung ein Standardisierungsrahmen, der auf Formulare und Prozesse angewendet werden kann.

FIM will auf fachlicher, technischer und organisatorischer Ebene einen harmonisierten Baukasten für Leistungsbeschreibungen, Formulare und Prozesse schaffen. Aus diesem Baukasten sollen sich Nutzer innerhalb der öffentlichen Verwaltung bedienen können, um ihren redaktionellen Aufwand im Beschreiben von Verwaltungsverfahren ohne

Qualitätseinbußen zu senken. Geliefert werden unter anderem geprüfte Stamminformationen zu Leistungen, Formularen und Prozessen.

FIM ist Teil der fachlich-organisatorischen Basis für ein föderales E-Government. Mit den bereits jetzt vorhanden technischen Standards, einhergehenden rechtlichen Möglichkeiten und den ständig leistungsfähigeren Informations- und Kommunikationssystemen ist die Vision von papierlosen Verwaltungsvorgängen realisierbar.

Unser Ziel muss in der heutige Zeit sein, **gemeinsame Wissens- und Informationsmanagementsysteme** aufzubauen. Für die Dienstleistungsportale und telefonischen Servicecenter von Bund, Ländern und Kommunen können dadurch Synergien bei der Bereitstellung von Wissen, Basisdiensten und Infrastruktur erreicht werden. Nur so ist auch eine Vereinheitlichung der Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Informationen und deren rechtliche Richtigkeit, Struktur der Darbietung möglich.

Anrede,

zur zweiten Komponente: **„schnelle Datennetze“** knüpfe ich an meine Eingangsbemerkungen an und ergänze für die vor uns liegende Aufgabe in Sachsen-Anhalt nur soviel:

Die Ausweitung des E-Government-Potenzials und die Aufgabenerledigung der Behörden erfordern ein leistungsfähiges Landesdatennetz.

In Sachsen-Anhalt sind wir gerade dabei, das Landesdatennetz von 1993 grundlegend zu erneuern. Das Vergabeverfahren einer europaweiten Ausschreibung ist in vollem Gange.

Ab 2016 sollen sowohl die Daten- als auch die Sprachkommunikation unserer Landesverwaltung in Sachsen-Anhalt durchgängig über das Internetprotokoll (IP) übertragen werden.

Dann sind auch unsere Daten mit Höchstgeschwindigkeit unterwegs;-)

Anrede

Betrachten wir nun die Komponente Nr. 3, die die IT-Konsolidierung am Ende maßgeblich beeinflusst, den **„IT-Dienstleister“**.

Das ist auch der Bereich, über den ich Ihnen nicht ohne Stolz mehr erzählen möchte, da er am Ende meine Behauptung:

**„In Sachsen-Anhalt betreiben wir IT-Konsolidierung – ERFOLGREICH!“** stützen soll.

Anrede

Die Analysten sind sich einig, wer sein Unternehmen nicht in das digitale Zeitalter überführt, geht unter.

Ich bin sicher nicht der einzige CIO, der sich mit der Geschwindigkeit und Vielschichtigkeit der Digitalisierung konfrontiert sieht. Cloud-Computing und Big Data sind nur zwei Technologien, die uns die IT-Industrie bietet und auch der IT-Konsolidierung der Öffentlichen Hand mächtig Druck machen.

Durch diesen Sog der Weiterentwicklungen hilft nur ein **IT-Dienstleister**, der mit seinen Netzwerken und Spezialisten den immer schnelleren Wandel begleiten kann.

Anrede,

und genau an diesem Punkt haben wir uns in Sachsen-Anhalt gerade neu aufgestellt.

Ein Thema hoher Priorität in Sachsen-Anhalt ist die Etablierung eines **zentralen IT-Dienstleisters**.

Mit dem Wissen, dass ohne eine moderne IT und leistungsfähige Datenverarbeitungsverfahren heute kein Staat, kein Unternehmen, kein Bundesland mehr seine Aufgaben erledigen kann, gab es auch in unserer Landesverwaltung immer wieder „Anläufe“ hin zu einer besseren IT.

So wurden auch innerhalb der Landesregierung unterschiedliche Strukturen ausprobiert, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Letztendlich mussten wir feststellen:

Sachsen-Anhalt ist allein nicht schlagkräftig genug, um dauerhaft eine wirklich moderne und zeitgemäße IT hinzubekommen.

Bei ständig steigenden und immer komplexeren Anforderungen an das Landesrechenzentrum bestand insbesondere vor der sich abzeichnenden **demografischen Entwicklung** im öffentlichen Dienst sowie der mittel- und langfristigen Perspektiven für den Landeshaushalt weiterer Handlungsbedarf.

Wir werden im Land bis 2025 einen altersbedingten Personalabgang beim IKT-Personal im Bereich unseres ehemaligen Rechenzentrums von 40% zu verzeichnen haben (aktuell: 89 von 228). Die Vergütungsstrukturen des öffentlichen Dienstes erschweren die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal vor dem Hintergrund der demographischen

Gesamtentwicklung und attraktiverer Vergütungsanreize im privaten Sektor. Damit wäre die Aufgabenerledigung der gesamten Verwaltung mittelfristig gefährdet, denn moderne Verwaltung ist nur mit IT-Unterstützung arbeitsfähig.

Ein wichtiges strategisches Ziel unserer Überlegungen war es auch, die Aufgabenerledigung zukünftig in Form von länderübergreifenden Kooperationen zu ermöglichen und durch die Erlangung einer eigentümerähnlichen Stellung, Einfluss auf den Dienstleister behalten zu können.

Ein weiteres Ziel unserer Umstrukturierung lag darin, mit einem gemeinsamen Dienstleister im Verbund mit anderen Ländern als Basis, arbeitsteilig gemeinsame Ziele im Bereich der Prozessstandardisierung, des E-Government und in der Zusammenarbeit im IT-Planungsrat zu definieren und umzusetzen.

Viele Gespräche und Beschlüsse in den verschiedenen Gremien des Landes haben gezeigt, nicht nur ich bin davon überzeugt, dass wir jetzt für die Zukunft eine gute und tragfähige Lösung gefunden haben, indem wir dem länderübergreifenden Kooperationsverbund **Dataport** beigetreten sind.

Was heißt das?

Der zentrale IT-Dienstleister des Landes Sachsen-Anhalt ist seit dem **1. März 2014** die Anstalt öffentlichen Rechts Dataport, ein Dienstleister ohne Gewinnerzielungsabsicht - mit einem Umsatz von 336,5 Mio. Euro in 2012 und derzeit 2.080 Mitarbeitern.

Dataport ist ein Full Service Provider für Informationstechnik der Verwaltung und der einzige IT-Dienstleister der deutschen Verwaltung, der gemeinsam von Bundesländern und Kommunen getragen wird.

Träger sind die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein sowie der kommunale „IT-Verbund Schleswig-Holstein“. Sachsen-Anhalt wird mit 14,71% neben Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen größter Anteilseigner von Dataport.

Große Teile der von Dataport erbrachten Leistungen können unabhängig vom Standort für alle Kunden erbracht werden. Die Möglichkeiten dazu sind durch den Beitritt von Sachsen-Anhalt weiter gewachsen. Sie dienen der höheren Wirtschaftlichkeit eines gemeinsamen Rechenzentrumsbetriebes durch Spezialisierung der einzelnen Niederlassungen.

Dataport sieht - im Rahmen der grundsätzlich angespannten Lage bei der künftigen Fachkräftegewinnung für einen öffentlich-rechtlichen IKT-Dienstleister - für eine Niederlassung in Sachsen-Anhalt beispielsweise Vorteile gegenüber ihrer Niederlassung in

Hamburg, da dort ein größerer Personalbedarf großer privatwirtschaftlicher IT-Dienstleister besteht. Damit besteht wiederum eine Chance, künftig weitere Leistungen aus der Niederlassung in Sachsen-Anhalt erbringen zu lassen.

Anrede

Nach der Ratifizierung des Staatsvertrags zum Beitritt Sachsen-Anhalts wurde als erstes Verfahren das „Fachverfahren“ der Steuerverwaltung erfolgreich vom Landesrechenzentrum in Magdeburg in das von Dataport betriebene Data Center Steuern (DCS) in Rostock überführt. 3500 Arbeitsplätze in den 14 Finanzämtern Sachsen-Anhalts sind nun an das DCS angeschlossen. Damit hat das Land Sachsen-Anhalt bereits einen Monat nach dem Abschluss des Beitrittsverfahrens zum Dataport-Verbund das erste große Migrationsprojekt erfolgreich abgeschlossen. Das Data Center Steuern verarbeitet nun die Daten von rund 17 Millionen Steuerbürgern aus den sechs Trägerländern von Dataport.

Die vollständige Migration der IT-Infrastruktur des LRZ zu Dataport soll bis zum 31. Dezember 2016 abgeschlossen sein.

Nach Abschluss der Integration des LRZ in Dataport wird die Niederlassung Sachsen-Anhalt auch Leistungen für Kunden in den anderen Trägerländern erbringen.

Insbesondere bei Zukunftsthemen wie der e-Akte kann eine Leistungserbringung für alle Trägerländer aus der Niederlassung in Sachsen-Anhalt sinnvoll sein, indem auf vorhandene Kenntnisse zurückgegriffen und auf den Aufbau von Spezialkenntnissen in den Niederlassungen der anderen Trägerländer verzichtet werden kann.

Damit wird auch die Intensivierung gezielter Kooperationen mit Wirtschaft und Wissenschaft möglich.

Anrede

Diese Kooperation im Trägerverbund bietet die Möglichkeit, im Hinblick auf den Interessensverbund und auch auf den IT-Planungsrat, gemeinsame Interessen zu identifizieren und einheitlich nach außen zu vertreten.

Es entsteht ein Gewicht, das mit NRW vergleichbar ist und unserem Land Einfluss ermöglicht, den Sachsen-Anhalt allein nicht ausüben könnte, um auf die zukünftige Gestaltung insbesondere im Bereich des E-Government nehmen zu können.

Ebenso erhoffen wir uns Skaleneffekte bei der Beschaffung, da Dataport gleichzeitig als zentraler IT-Beschaffer für uns agieren soll.



Bereits jetzt werden IKT-Projekte des Landes auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Abarbeitung mit Dataport hin überprüft. Bei ersten Projekten (z.B. ZMDB und DMS/VBS) finden schon Gespräche bzw. Vertragsverhandlungen statt.

Lehrgeld bei Modernisierungsprojekten kann reduziert oder vermieden werden, wenn durch die Trägerschaft eines einzigen IT-Dienstleisters mehrerer Länder auf Erfahrungen gleicher/ähnlicher Projekte in anderen Ländern zurückgegriffen werden kann.

Wir sind überzeugt, jetzt über einen leistungsfähigen IT-Dienstleister zu verfügen, der eine hohe Gewähr für die kostenbewusste, dauerhafte, effiziente und qualitativ hochwertige Aufgabenerledigung bietet.

Anrede,

Meine Behauptung lautete:

**„In Sachsen-Anhalt betreiben wir IT-Konsolidierung – ERFOLGREICH!“**

Sie erinnern sich an die vereinfachte, allgemeine Formel, mit der ich meine Behauptung stützen wollte:

**IT-Konsolidierung = E-Government + Datennetz + IT-Dienstleister**

Ausführlich habe ich gerade an der Komponente des „IT-Dienstleisters“ positive strukturelle Veränderungen und damit eine positive Entwicklung der „IT-Konsolidierung“ aufgezeigt.

Auch wenn der Beweis meiner Behauptung eher auf einer einfachen Gleichung fußt, als eine Folge von korrekten Schlussfolgerungen darstellt, aus denen auf die Gültigkeit der zu beweisenden Aussage geschlossen werden kann – sehen Sie es mir nach. Schließlich sind wir ja auf einer Jahrestagung der GfP, die entsprechend ihrer Grundprinzipien innovative Lösungsansätze favorisiert.

Das Ergebnis ist jedoch das gleiche:

Je leistungsstärker der IT-Dienstleister, umso besser gelingt IT-Konsolidierung und umso größer sind die Chancen, mit dem Einsatz von IT eine Kostenreduktion für das Gesamtbudget zu erwirtschaften.

Auch wenn noch viele Fragen offen bleiben, kann es für uns nur heißen, diesen eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, den eingeschlagenen Weg der **strukturellen Konsolidierung bei finanzpolitisch verantwortlichem Handeln**.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!